

ALG II Kürzungen und / oder allgemeine Arbeitspflicht? So oder so: HARTZ V ist in Planung!

Die Konjunktur kühlt ab. Der Abschwung kommt. Aber kommt er auch bei den Menschen an? Für viele Politiker und die meisten Medien lautet die Antwort: Nein!

Denn in diesem Land leben 7 Millionen Nichtsnutze, die sich weder um steigende Energiekosten sorgen, noch um den konjunkturellen Abschwung. Denn die Heizung zahlt das Amt und Arbeit gab es auch während des Aufschwungs nicht.

Höchste Zeit diesen Ignoranten einzuheizen, meint die politische Klasse.

Für kurze Zeit gab es eine etwas differenziertere gesellschaftliche Debatte um wachsende Armut, vor allem Kinderarmut. Veränderungen an Hartz IV, eine Erhöhung der Regelsätze wurde diskutiert. Aber das ist wohl Schnee von gestern. Denn die Propagandamaschine läuft wieder. Seit Anfang des Jahres wird der arbeitenden Mittelschicht erklärt, dass vor allem sie leidet und verarmt. Propagandistisch eine gelungene Vorbereitung für die massive rassistische Hetze gegen Arbeitslose, die seit einigen Wochen von SAT 1 und BILD betrieben wird.

Sozialschmarotzer, Hartz IV-Abzocker, Schwarzarbeit. Wenn sich der Bürger darüber ereifert, braucht man über Armut und Armutsberichte nicht mehr reden. Im Gegenteil: da kommt schnell mal der Vorschlag, dass Mensch auch von 132 Euro im Monat überleben kann. Warum aber kommt so ein Vorschlag? Damit man ihn wieder dementieren kann. Merkel spricht dann ein

Machtwort: Nein, es wird nicht gekürzt. Aber die eigentliche Botschaft lautet: es werden die Regelsätze nicht erhöht! Hört auf dies zu fordern, seid froh, dass wir nicht kürzen.

Aber spätestens wenn die eingeplanten Steuereinnahmen geringer ausfallen, kommt die Forderung nach Kürzungen wieder. Denn die (Langzeit-)Arbeitslosen sind zu teuer.

Was planen die regierenden Parteien? Welche „Reformvorschläge“ können wir erwarten? Und wie werden diese im kommenden Bundestagswahlkampf präsentiert werden?

Einige Studien aus dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium geben da jetzt schon Einblick.

Im Bundesministerium für Wirtschaft wurde schon 2007 ein „Modell für eine Existenzsichernde Beschäftigung“ entworfen. Grundzüge dieses Modells: keine Absenkung des ALG II. Niedrige Einkommen werden auf das Niveau von ALG II aufgestockt. Eine „Pflicht zur Gegenleistung“ wird eingeführt. Die ARGEN sollen ihr Beschäftigungsangebot ausbauen. Beschäftigungsangebote müssen angenommen werden. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten oberhalb des ALG II Niveaus werden abgeschafft, um Anreize für die Aufnahme einer Vollzeitarbeit zu stärken.

Im Mai 2008 (1) wird dies deutlicher:

Beschäftigungsangebote: das soll Bürgerarbeit sein. Diese wird u.a. hier in Sachsen-Anhalt schon ausprobiert. Bürgerarbeit:

das ist die Gegenleistung für den Transferbezug. Deshalb soll die Entlohnung auch nicht über der Grundsicherung liegen. Tariflöhne oder zumindest ortsübliche Entlohnung werden kategorisch ausgeschlossen. Es entsteht kein Normalarbeitsverhältnis. In die Arbeitslosenversicherung wird nichts eingezahlt. Und: der Bürgerarbeit wird die Einschränkung der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit genommen. Also: arbeiten auch für private Unternehmer und Einrichtungen. Die gesetzliche Grundlage hierfür besteht schon seit dem 1. April 2008. (Leistungen der Beschäftigungsförderung nach § 1 6a des Zweiten

Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) Und anders als bei inzwischen äußerst schlecht bezahlter ABM und Ein-Euro-Jobs kennt Bürgerarbeit keine zeitliche Begrenzung.

ein Gutachten seines wissenschaftlichen Beirats vor: „Existenzsicherung und Erwerbsanreiz“. Hierin werden unterschiedliche Vorschläge zur Weiterentwicklung von Hartz IV vorgestellt. Bürgergeldkonzepte bzw. Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen werden verworfen. Positiv diskutiert werden Kombilohnmodelle und Workfare-Konzepte, also Bürgerarbeit. Ganz in der Tradition des Hetzers Wolfgang Clement (man erinnert sich: 20% der Arbeitslosen sind Sozialbetrüger und Schmarotzer) heißt es u.a.:

„Zweifelloos wäre ein rigoroses Vorgehen sehr wirksam. Bei der Aussicht, zu irgendeiner Arbeit verpflichtet zu werden, dürften Arbeitslose nichts unversucht lassen, eine Arbeitsstelle zu finden, die ihren Vorstellungen besser entspricht. Das BMWi und IZA gehen sogar so weit, darüber hinausgehende Anreize zur Arbeitsaufnahme (Hinzuverdienstmöglichkeiten) für überflüssig zu erklären. Das dürfte umso eher gelten, je drastischer die Sanktionen bei Nichtaufnahme derartiger Arbeitsgelegenheiten ausfallen. Wenn der Arbeitslose in diesem Fall nur noch eine Wohnstelle und Lebensmittelgutscheine erhält, bleibt ihm wohl keine Wahl. Praktisch werden dann alle arbeitsfähigen ALG II-Empfänger auch zur Arbeitsaufnahme bereit sein.“
(S.23)

Dies sollte man durchaus wörtlich nehmen: keine Wohnung ist gemeint, von einer Wohnstelle ist die Rede! Ein Schlafplatz im Obdachlosenheim mit einem persönlichen Schränkchen und ein eigenes Fach im Kühlschrank. Bei diesen Aussichten richten sich vielleicht einige Blicke und Gedanken auf die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge und Asylbewerber in diesem Land leben müssen! An ihnen wird vorexerziert, was Existenzminimum bedeutet.

Vollzeit arbeiten für Hartz IV und dies dauerhaft.
Das ist Hartz V oder?

Ende Mai 2008 stellt auch das sozialdemokratisch geführte Bundesfinanzministerium Den in diesem Land lebenden Arbeitslosen werden aber diese Reformen mit Milch und Honig verkauft werden. An der hoch gelobten Bürgerarbeit hier in Sachsen-Anhalt war dies erkennbar. Die Werbeagenturen der herrschenden Parteien suchen schon fiebernd nach schönen Worten. Die Bundestagswahl rückt näher. Alle uns vorliegenden Vorschläge von Wirtschaftsinstituten und SPD wie CDU / CSU zur Weiterentwicklung des „Förderns und Forderns“ zielen auf eine allgemeine Einführung der „Arbeitspflicht“. In den Gutachten wird auch deutlich: Es fehlt nur noch an einfachen, unkomplizierten und kostengünstigen Konzepten zur Umsetzung. Sarkastisch formuliert: wenn der gesellschaftliche Widerstand gegen die grundgesetzwidrige Wiedereinführung der Zwangsarbeit nicht erfolgreich sein sollte, kann man nur auf die sich selbst im Weg stehende deutsche Bürokratie hoffen. Eine sicherlich trügerische Hoffnung.

Wo Bürgerarbeit draufsteht, Ist Zwangsarbeit drin!

Organisieren wir den gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Widerstand! Aufklärung jetzt!

Mit „Hartz V muss weg“ wird's nicht getan sein.

(1) IZA Research Report No.18: Umsetzung des Workfare-Ansatzes im BMWi-Modell für eine Existenzsichernde Beschäftigung von W. Eichhorst und H. Schneider

Diskussionspapier vom August 2008

Bezirkserwerbslosenausschuss Sachsen-Anhalt Süd.

Kontakt über und V.i.S.d.P.:

w.altekrueger@gmx.de